alhambra

zeitung und programm

januar 2007

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt::...

Lesung „Der Krieg und die Kritiker" 03

Veranstaltung: Gemeinsam Gegen G-8 2007 in Heiligendamm 04

pünklich sein - Prozesse -news 05

UNGDOMS HUSET Häuserkampf in Kopenhagen 06

Truppe unterm Totenkopf Die „Transformation" der Bundeswehr 08

Deutsches Imperium Europa 10

Das Massaker vom 17.10.61 in Paris 12

VS unternimmt Anwerbeversuch in Frankfurt (Oder) 15

+++Lesung+++Lesung+++Lesung+++Lesung+++Lesung+++

Bernhard Schmid

„Der Krieg und die Kritiker“

Buchpräsentation und Diskussion zur Realität im Nahen Osten
als Projektionsfläche für Antideutsche, Antiimperialisten, Antisemiten und andere.

DER KRIEG UND DIE KRITIKER handelt von dem Krieg im Libanon, der im Hochsommer 2006 rund 1.200 zivile Tote kostete, und den Reaktionen innerhalb von Teilen des - im weiteren Sinne - gesellschaftskritischen Spektrums darauf. Es geht dabei um unterschiedliche Flügel der Linken und der Intellektuellenszene, jedenfalls desjenigen Spektrums, das selbst den Anspruch erhebt, Kritik an der bestehenden Gesellschaft zu üben.
Die „Kritiker“ sind dabei sowohl jene, die diesen Krieg (mit zum Teil falschen Argumenten und ohne Bewusstsein für die Problematik antisemitischer Argumentationsmuster) kritisiert haben - als auch jene, die sich für besonders radikale Gesellschaftskritiker halten, aber mit fliegenden Fahnen für die Unterstützung dieses Krieges mobilisierten. Deshalb muss den Hintergründen nachgegangen werden, die dafür sorgen, dass es besonders in den deutschsprachigen Ländern so extrem antagonistische Sichtweisen auf einen kriegerischen Konflikt gibt. Daher wird nach den historischen, psychologischen, ideologischen Voraussetzungen der Debatte in Deutschland und Österreich gesucht: innerhalb der Linken und weit darüber hinaus. Die verschiedenen Fallstricke und projektiven Bedürfnisse vor dem Hintergrund der „eigenen“ Geschichte werden kritisch beleuchtet. Im Anfangsteil des Buches wird ein Rückblick auf das Nachkriegsverhältnis zwischen Deutschland und Israel und seine Rezeption durch die Linke geworfen. Im Anschluss wird auf die Entstehung von linken Weltbildern, die vom Antiimperialismus bzw. der Entkolonialisierung dominiert waren, und ihre Auswirkung auf die Wahrnehmung der israelisch-arabischen Konflikte eingegangen. Schließlich wird sehr ausführlich die Entstehung und Auswirkung der „antideutschen“ Ideologie und ihre, gegenüber den bis dahin dominierenden linken Wahrnehmungsmustern schroff entgegen gesetzte, Rezeption des Nahostkonflikts eingegangen.
Aktuelle Stellungnahmen aus diesen unterschiedlichen Spektren werden kritisch beleuchtet. Aber auch die Wirkungsmächtigkeit von historischen Bildern, Konstellationen und Zusammenhängen in den Konfliktparteien selbst wird nicht ausgespart. In einem kurzen Abriss werden die unterschiedlichen Sichtweisen etwa auf die Shoah, vor dem Hintergrund aktueller Konflikte, auf israelischer und arabischer Sicht skizziert.Ferner wird ein, knapper, Blick über den nationalen Tellerrand riskiert und, in einem kurzen Vergleich mit den deutsch-österreichischen Debatten, auf den Stand der politischen Auseinandersetzung in den USA und Frankreich verwiesen.

Sonntag 21.Januar

17 Uhr im Alhambra

mit Kaffee und Kuchen

Bernhard Schmid, geboren 1971 in Radolfzell am Bodensee; seit 1987 politisch aktiv. Lebt seit 1995 dauerhaft in Frankreich. Jurastudium, schreibt derzeit seine Promotion; daneben Korrespondent und Autor linker Zeitungen, u.a. Jungle World und Analyse & Kritik.

weitere Termine unter: http://www.unrast-verlag.de/unrast,3,0,343.html

+++Lesung+++Lesung+++Lesung+++Lesung+++Lesung+++

GemeinsamGegenG-8

2007 in Heiligendamm

Veranstaltung

am: 15. Januar
um: 20 : 30 Uhr
im: alhambra

Vom 06. - 08. Juni 2007 tagen die Regierungschef`s des herrschenden OECD-Weltimperiums im Ostseebad Heiligendamm. Dem werden wir in der Zeit vom 01. - 08. Juni unseren entschiedensten Widerstand entgegen setzen.

Zwecks Information und Koordination der geplanten Aktivitäten laden wir euch diesbezüglich für Montag den 15. Januar ins Alhambra ein. Geboten werden ein aufschlußreicher Vortrag sowie diverse interessante Ankündigungen. Zur Vorbereitung eignet sich bestens die aktuell erschienene Radikal No. 160 (herzlichsten Glückwunsch zum 30.).

Obwohl der Vortrag im Detail Bezug nimmt auf die geplanten Proteste und ihre örtlichen Gegebenheiten, haben wir doch wenigstens auch noch das am darauffolgenden Wochenende in Bremen stattfindende Bundesweite Treffen der GipfelstürmerInnen im Auge. Die BremerInnen richten sich für die Zeit vom 19. - 21. Januar auf euren verehrten Besuch ein. Wir müssen Fakten schaffen. Kommt also bitte auch dorthin, und zwar zahlreich !

Die politischen StatthalterInnen der multinationalen Konzerne haben für den im Juni in Heiligendamm stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel (WWG) unter anderem folgende Schwerpunkte auf ihrer häßlichen Tagesordnung =>

1.) Die Internierung von Flüchtlingen in Staaten außerhalb der Festung Europa : In Planung befinden sich rassistische Containment-Strategien, die im Rahmen einer sog. G-6 Runde bereits im Frühjahr 2006 - ebenfalls in Heiligendamm - auf das ekeligste vorstrukturiert wurden.
2.) „Energiesicherheit“ : Mit diesem beschönigenden Begriff ist der Ausbau der „zivilen“ Atomenergie und der fossilen Energieproduktion weltweit gemeint. Erinnert sei in diesem Zusammenhang, daß allein im Uranbergbau der sog. Wismut (fiktive Bezeichnung für eine Region in Sachsen) mehr als 400.000 BergarbeiterInnen an Krebs erkrankten. Therefore : Keep it in the Ground ! Konkret ist im Entwurf einer Erklärung der G-8 zur Energiesicherheit von einem politisch abzusegnenden Investitionsvolumen in Höhe von 17.000 Milliarden $-US die Rede, die während der nächsten Dekaden in diese umwelt- tier- und vor allem auch menschenzerstörenden Energieformen investiert werden sollen.

3.) Schutz von „geistigem Eigentum“ und profitable Bildung : Hier geht es einerseits um die Monopolisierung von Technologien und Patenten bzw. wissenschaftlichen Erkenntnissen, zum anderen um die Illegalisierung von Saatgut aus nichtindustrieller Herstellung. Die entsprechenden Vertragsinhalte werden gewöhnlich im Zuge der geplanten TRIPS-Abkommen versteckt. Hinter dem unscheinbaren Begriff des „geistigen Eigentums“ verbirgt sich u.a. auch der Schutz des Unterhaltungskapitals (Bertelsmann und Co.) vor Raubkopien bei Musik und Videos durch eine international koordinierte Strafverfolgung.

4.) AIDS : Hier geht es den G-8 um die Abschottung der Metropolen vor Menschen aus Gebieten mit hoher Ansteckungsrate, also aus den vom Kapitalismus verelendeten Regionen.

Es gibt viele Gründe gegen diese Vorhaben zu intervenieren. In Seattle stürzten wir seinerzeit das Multilaterale Agreement on Investments.
Stürzen wir jetzt die G-8 !
Tun wir es gemeinsam !

Nice news!

pünktlich sein

Das Hamburger Landgericht hebt die Verurteilung von drei Teilnehmern einer Bauwagendemo in Hamburg-St. Pauli auf: Eine strafbare Nötigung von Autofahrern liege nicht vor, da das Recht auf Demonstration schwerer wiege.

Freispruch! Zweieinhalb Jahre nach der spektakulären Demonstration „Einmal im Leben pünktlich sein" der Bauwagenszene mit 99 Wohngefährten auf der Hamburger Hafenstraße, die von der Polizei mit Gewalt aufgelöst worden ist, sind drei Wagenbesitzer vom Hamburger Landgericht vom Vorwurf der „gemeinschaftlichen Nötigung" freigesprochen worden. Die Verurteilung des Amtsgerichts wurde aufgehoben.

„Solche Blockaden müssen die Hamburger Autofahrer immer mal hinnehmen", sagte der Vorsitzende Rolf Helbert. „Die Hafenstraße ist laufend durch die Öffentlichkeit und Veranstaltungen belegt." Der Richter äußerte Unverständnis darüber, dass eine solche Lappalie überhaupt von der Staatsanwaltschaft angeklagt worden ist und das Gericht achtzehn Tage lang verhandeln musste. Das komme aber wohl daher, dass der Nötigungsparagraf ein „schwammiges Gebilde" sei und es zum Komplex nur „Wischiwaschi-Urteile" gebe, so Helbert. Ferner sei unter Juristen oft unklar, wie der Artikel acht des Grundgesetzes - das Recht auf Demonstration - einzubetten ist.

Zudem sei dieser Fall „so etwas von ungewöhnlich", weil die Polizisten zunächst nicht einmal „Notizen" über vermeintliche Verkehrsbehinderungen anfertigten, aber Monate später Berichte schreiben mussten, als die Polizei wegen der Auflösung der Versammlung verklagt worden sei, so Helbert. „Jeder weiß, was das in der Psyche der Beamten auslöst." Und dann tauchten im Verfahren plötzlich Vermerke auf, die alles wieder relativierten. „Da denkt man als Gericht", so Helbert, „dass so etwas nicht passieren kann."

Am 24. April 2004 hatten sich BauwagenbewohnerInnen am Hafenrand versammelt, um für ihre Lebensform zu werben. In Hamburg war die Lage der Bauwagenplätze besonders prekär geworden, weil der Senat die Räumung aller 13 Wagenburgen bis Ende 2006 als Ziel ausgerufen hatte. Die Demo war jedoch von der Polizei nach kurzer Zeit aufgelöst, die Wagen aufgebrochen und Lenkradschlösser geknackt worden. Nach dem Freispruch für die drei Demo-Teilnehmer laufen noch gegen 45 weitere Bauwagenbewohner Verfahren wegen Nötigung.

Auch zum aktuellen Richterspruch ist noch ein Nachspiel zu erwarten: Da das Gericht mit dem Urteil zugleich den Polizeieinsatz in Frage stellt, der auch Gegenstand einer Klage vorm Verwaltungsgericht ist, hat die Anklagebehörde Revision vorm Oberlandesgericht angekündigt.

TAZ-ARTIKEL, 14.12.2006

UNGDOMS HUSET

Die internationale Solidaritätsdemonstration für das nun illegalisierte, autonome Ungdomshus in Kopenhagen, die am 16.12. letzten Jahres stattfand, artete in schweren Strassenschlachten mit der Polizei aus. Dabei wurden mindestens 300 DemonstrationsteilnehmerInnen verhaftet. Nachfolgend ein Demonstrationsbericht von einigen AktivistInnen aus Kopenhagen.

UNGDOMSHUSET.NEWS: HTTP://UNGDOMSHUSET.INFO/
UNGDOMSHUSET.PIRATRADIO: HTTP://SIGYN.ORG:8000/

Mehrere Polizei-Hundertschaften in voller Kampfuniform und zahlreichen gepanzerten Einsatzwagen - sogenannte "Holländerwagen" - waren rund um das Ungdomshus, den Sammelplatz der Demonstration, in Stellung gegangen. Massive Verstärkung hatte die Polizeiführung zusätzlich aus der Provinz rekrutiert. Der Kopenhagener Stadtteil Nörrebro, in dem das Jugendhaus liegt, glich zu diesem Zeitpunkt einen Heerlager staatlich bewaffneter Organe. Die Stimmung war bereits von Anfang an angespannt und explosiv.

Als die Polizei sich weigerte die Demonstration zuzulassen und die Strasse an beiden Enden mit ihren Bullenwannen dichtmachte, war allen klar, das die Polizei zur Konfrontation provozieren würde. Die Demonstration mit ungefähr 1500 TeilnehmerInnen, bewegte sich schliesslich wenige hundert Meter vorwärts bevor sie gestoppt und von wild brüllenden Bullenhorden unvermittelt physisch angegriffen wurde.

Während die vordersten Reihen der Demonstration von der Polizei eingekesselt wurden , starteten Polizeikräfte gegen den hintersten , weniger gut organisierten Teil der Demonstration, der sich vorwiegend aus sehr jungen TeilnehmerInnen zusammensetzte, eine regelrechte Prügelorgie.. In dem enstehenden panikhaften Szenarium, wurden viele von brüllenden Bullen zu Boden geknüppelt und in die ebenfalls abgeriegelten Seitengassen gejagt. Fliehende DemonstrantInnen wurden bis in die Hauseingänge verfolgt und dort regelrecht zusammengeprügelt.

Nach sporadischer, teilweise heftiger Gegenwehr, zogen sich die Bullen mit zahlreichen verhafteten AktivistInnen endlich zurück. Während sich die angespannte Stimmung zusehends beruhigte, wurden kleinere Barrikaden vor dem Ungdomshus errichtet, Parolen wurden gegen die gelaufene Polizeibrutalität gerufen und Eindrücke ausgetauscht. Einige hundert AktivistInnen gelang es etwas später, die Polizeiabsperrungen zu umgehen und auf die "Nörrebrogade", der Hauptverkehrsstrasse des Stadtteils zu gelangen.

Im folgenden wurden zahlreiche Banken und Geschäfte von Weltmarktketten entglast und Bullenautos, die sich zuweit vorwagten angegriffen. Die überrumpelte Polizei zog sich zunächst auf die Brücke die zur inneren Stadt führt zurück, um dort die Demonstration zu stoppen und einzukesseln. Die DemonstrantInnen bogen jedoch einige hundert Meter vor der Brücke in Seitenstrassen ab und bewegten sich in Richtung innere Stadt. Im Verlaufe kleinerer Zusammenstösse mit Polizeigruppen, fragmentierte sich der Demonstrationszug zusehends in Kleingruppen, die sich im ganzen Kiez bis in die innere Stadt hinein verteilten.

Eine grössere Gruppe von Aktivisten verbarrikadierte sich im Ungdomshuset um eine eventuelle Räumung durch eine "schnelle Kommandoaktion" der Bullen im Vorfeld zu unterbinden. Erst in den späten Abendstunden ebbten die Kleinkonfrontationen ab.

Vorläufige Bilanz

Über 300 verhaftete AktivistInnen und eine unüberschaubare Anzahl von Verletzten. Auch die Polizei hatte laut deren Pressesprecher einige Verletzte auf ihrer Seite.

Die überwiegend konservativ-bürgerlichen dänische Medien vermittelten fast ausschliesslich die Version der Polizeipressestelle und zeigte ausschliesslich Bilder militanter Angriffe von Seiten der AktivistInnen. Das diese durchwegs auf die vorausgehenden Polizeiübergriffe und den Eingriff in die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit zurückzuführen sind, scherte die meisten JournalistInnen reichlich wenig.

Der aktuelle Stand

Das Ungdomshuset hatte zu dieser Demonstration aufgerufen um der Öffentlichkeit und speziell den verantwortlichen Stadtratpolitiker zu zeigen, dass es KEINE andere Alternative im Spannungsfeld zwischen militanter Verteidigung und der Forderung einer konkreten politischen Initiative für den Erhalt des Ungdomshuset gibt.

Hintergrund der aktuellen Eskalation ist der juristisch veränderte Status des Ungdomshuset. Seit Donnerstag, den 14.Dezember 06, ist das Ungdomshuset durch einen Gerichtsbeschluss von einem legalen, selbstverwalteten Jugendhaus zu einen illegalen, besetzten Haus erklärt worden. Somit wurde es den bewaffneten Staatsorganen überlassen, das Jugendhaus an die christliche Sekte, die es durch einen lächerlichen Preis anonym erworben hatte, zu übergeben.

Breite Unterstützung

Bereits letzten Donnerstag Abend, demonstrierten um die 5000 TeilnehmerInnen in Kopenhagen – von Linksradikalen bis hin zum gewerkschaftlichen Spektrum – für eine politische Lösung. Sie forderten die Politiker des Kopenhagener Stadtparlaments auf, den von ihnen verursachten Konflikt durch einen politischen Eingriff wieder gut zu machen, und der christlichen Sekte "Vaterhaus" das formale Eigentumsrecht durch Expropriation wieder abzuerkennen.

Die Doppelstrategie der Polizeiführung

Das Kalkül der Polizeistrategie scheint aufzugehen. Während der Polizeisprecher die Konfrontationen heuchlerisch in den Medien bedauern und willige Journalisten diese mit unkritischer, eindimensionaler Berichterstattung flankieren, zielt die polizeiliche PRAXIS genau in die gegenteilige Richtung!

Mit äusserster Brutalität provoziert sie die permanente Konfrontation um den existierenden Konsens zwischen Kiezbevölkerung und dem Ungdomshus-milieu aufzubrechen. Mit massiven Tränengaseinsatz in den Strassen , heftigen Auseinandersetzungen und chaotische Zustände, sollen einen bürgerkriegsähnliche Atmosfähre erzeugt werden , die letztendlich die Unterstützung für das Ungsdomshuset seitens der Bevölkerung auf eine übersichtliche Zahl reduzieren soll. Sollte dieses Konzept aufgehen, sind die Weichen für eine gewaltsame Räumung gestellt.

Verschiedene Solidaritätsinitiativen

Die verschiedenen Initiativen zwischen der Ungdomshus-Szene und Kiezbewohnern werden dadurch eine noch bedeutendere Rolle für den Ausgang des Konfliktes spielen. In diesen Kontext haben alternative Medien wie das Pirat-Radio des Ungdomshuset, sowie linke, unabhängige Medien eine wichtige Funktion. Ebenso die verschiedenen internationalen Solidaritätsbekundungen im Ausland. Hier schließt der unten stehende Text an.

EINE KURZE EINFÜHRUNG IN DIE SITUATION

Seit 2003 liegt das Ungdomshus in einem gerichtlichen Streit mit der rechten, fundamentalistisch christlichen Sekte Faderhus (das Vaterhaus).

1999 verkauften die LokalpolitikerInnen das Haus, obwohl sie es 1982 der damaligen linken Hausbesetzerszene als Jugendhaus zur Verfügung gestellt, mit dem Versprechen (in Form eines Vertrages) es nicht zu verkaufen. Jetzt kämpfen wir darum, das Kulturzentrum, das wir aufgebaut haben weiterzunutzen

Seit die PolitikerInnen sich entschlossen haben, das Haus zu verkaufen, haben sowohl AktivistInnen als auch NutzerInnen des Hauses gegen den Verkauf protestiert. Trotz dieser Proteste wurde das Haus verkauft und die PolitikerInnen haben akzeptiert, dass das Haus formal in die Hände des Faderhus fiel.

Am 28. August ´06 kam dann die Entscheidung vom Landesgericht. Und seit dem ist viel passiert. Die PolitikerInnen haben zugeben müssen, dass das Ungdomshus eine enorme kulturelle Arbeit leistet, die wichtig für Kopenhagen ist. Eine Stiftung hat sich als willige Käuferin des Hauses gemeldet. 3000 Menschen haben zusammen für das Haus demonstriert und unzählige stattgefundene Aktionen zeigen, wieviel Ungdomshuset für viele Menschen bedeutet Die Zeitungen sind voll von untestuetzenden Leserbriefen für das Ungdomshus. Sogar eine Gruppe von Priestern und ein Polizeidirektor haben eine politische Lösung gefordert.

Wir akzeptieren keine Räumung des Ungdomshuses. Obwohl das Amtsgericht und das Landesgericht das Nutzungsrecht dem Faderhus zugeteilt hat, werden wir nicht unser Haus freiwillig verlassen. 1982 haben wir das Nutzungsrecht für das Haus schwarz auf weiss erhalten, und wenn die PolitikerInnen ihre eigenen Gesetze brechen, wird uns das nicht davon abhalten, für unser Haus zu kämpfen.

Obwohl die PolitikerInnen einen Fehler begangen haben, sieht die Realität in Dänemark leider so aus, dass das Eigentumsrecht heilig und unkränkbar ist. Dies bedeutet, dass das Faderhus mit Hilfe der Polizei und deren Mitteln das Haus räumen können. Weil wir das Haus nicht freiwillig verlassen werden, können wir nur wiederholen: wenn keine politische Lösung gefunden wird, ist die Konfrontation unvermeidlich.

WIR SIND IMMER NOCH WILLIG, EINE FRIEDLICHE LÖSUNG ZU FINDEN, ABER DIE HOFFNUNG DAFÜR SCHRUMPFT ZUSEHEND.

DANKE fuer euer Dasein in solch einer fuer uns wichtigen Zeit, wir fuehlen uns sehr privilegiert eine solche solidarisch-kaempferische Familie wie ihr zu haben. Wir haben jetzt in einer sehr langen Zeit versucht, mit den PolitikerInnen zu verhandeln, Dialoge zu fuehren und friedliche Demonstrationen zu organisieren. Wir wurden mit den Antworten von Luegen, Ignoranz, Polizeibrutalitæt, ungerechtfertigten Verhaftungen, Inhaftierung und jederzeitiger Ræumung konfrontiert..
Ihr habt uns geholfen den PolitikerInnen zu zeigen, dass wir im Gegensatz zu ihnen, keinen Scheiss erzæhlen und falsche Versprechungen abgeben. Es wurde gesagt, dass wir den Willen haben fuer dieses Haus zu kæmpfen. Allem Anschein nach hat es jetzt endlich angefangen in ihre dicken Schædel einzutriefen dass die kommende Ræumung keine friedliche Sache sein wird.
Die Polizei hat gelernt, dass unsere Anliegen nicht zum Aufgeben gepruegelt werden kønnen, kein Ausmass an Brutalitæt ihrer Seite wird unseren Kampfwillen brechen. Fuer keinen Moment.
Wir sind sehr beruehrt, dass einige von euch verletzt , eingesperrt und / oder ausgeschafft wurden. Die Inhaftierung von Menschen, die sich des Wertes der Freiheit bewusst sind, ist ein hart bezahlter Preis. Also habt ihr mit eurer Staerke, eurem Blut und eurer Widerstandswillen, Ungdomshuset zu eurem Haus gemacht. Und jederzeit wenn ihr zurueckkehren werdet, werdet ihr willkommen zu Hause sein.

Wir danken denen von euch die Solidaritæts-Aktionen, Demo´s und Konzerte in euren Kreisen veranstaltet haben. Ihr gebt uns mehr Kraft im Fortsetzen des Kampfes. Wir sind stolz, ein Teil eines Netzwerkes zu sein, das stetig den Mut hat gegen die Macht-Elite auf zu stehen.

Wir sehen uns auf den Barrikaden!
Ungdomshuset wird sich nie ergeben!

Truppe unterm Totenkopf

Die „Transformation" der Bundeswehr zur Interventions- und Besatzungsarmee transformiert auch die Psyche der Soldaten.

von Peer Heinelt

Krieg ist ein pathologischer Zustand. Er läßt nicht nur diejenigen leiden, die ihm ausgeliefert sind wie die Zivilbevölkerung eines Überfallenen und besetzten Landes, sondern beschädigt auch diejenigen, die ihn als Aggressoren führen. Diese Soldaten sind Mörder, und Morden will in zweifacher Hinsicht gelernt sein: Zum einen muß der Soldat ein gewisses technisches Geschick im Umgang mit Tötungsmaschinen aller Art entwickeln und wissen, wann und wie diese mit Erfolg einzusetzen sind. Das wird ihm beim Militär durch permanentes Waffentraining beigebracht - entweder auf dem Kasernenhof oder im Manöver. Zum anderen muß er lernen, mit dem Bewußtsein zu leben, ein Mörder zu sein und dabei ein gutes Gewissen zu haben. Staatliche und kirchliche Propaganda vermitteln ihm, daß er seine Morde im Dienste einer höheren Sache wie der Rohstoffsicherung oder dem Minderheitenschutz begangen hat und diese deshalb keine Verbrechen, sondern Wohltaten sind. Systematischer psychischer Drill immunisiert ihn gegen traumatisierende Situationen, zum Beispiel den Anblick von Leichenbergen, und gegen die Angst, selbst ein Opfer des Krieges zu werden; gleichzeitig verliert er nach und nach sämtliche sittlichen Hemmungen, die ihn am Morden hindern könnten. Die Pflege militärischer Traditionen befördert diesen Prozeß.

Die Führung der Bundeswehr kennt diese Zusammenhänge selbstverständlich und bildet ihre Soldaten entsprechend aus. Ihr Ziel ist die Formung eines »archaischen Kämpfers)«, der »den High-Tech-Krieg führen kann«, wie der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Hans-Otto Budde formulierte. Sein Kollege Reinhard Günzel, bis zu seinem Outing als Antisemit anno 2003 Kommandeur des »Kommandos Spezialkräfte« (KSK), forderte von seinen Mannen zudem eine »Disziplin wie bei den Spartanern, den Römern oder bei der Waffen-SS«. Unterstellt, daß Medien-berichte zutreffen, nach denen deutsche Militärs in Afghanistan nicht nur mit menschlichen Schädelknochen posiert, sondern auch den Gefangenen Murat Kurnaz gefoltert und an einem Kind eine Scheinhinrichtung exekutiert haben, wird man sich darüber nicht wundern dürfen: All dies wurde von ihnen zuvor geprobt.

1996 hatten Angehörige des Gebirgsjägerbataillons 571 aus Schneeberg/ Sachsen die am UN-Ausbildungszentrum der Bundeswehr im bayerischen Hammelburg erfolgende Vorbereitung auf ihren Einsatz in Bosnien filmisch dokumentiert. Ihr zu einiger medialer Berühmtheit gelangtes Video zeigt unter anderem Soldaten, wie sie eine Frau vergewaltigen und kreuzigen, einen an einen Baum Gefesselten erschießen und einer weiteren Person die Kehle durchschneiden. Ein in Hammelburg stationierter Soldat sagte später der »Berliner Zeitung«, daß die gespielten Szenen exakt den Ausbildungsalltag widerspiegelten - ein Psychologe habe seinerzeit die Reaktionen der Anwesenden auf die simulierten Greuel ausgewertet.

Das in Koblenz beheimatete »Zentrum Innere Führung« der Bundeswehr hatte im selben Jahr die Ausbildungsinhalte für die Vorbereitung auf Auslandseinsätze festgelegt. Um den Soldaten beizubringen, wie sie ihre Angst davor »beherrschen«, zu töten oder zu verletzen und selbst getötet oder verletzt zu werden, empfiehlt die Einrichtung psychischen »Drill« und fordert die Truppenausbilder auf, die ihnen unterstellten Soldaten »bis an die Grenze der körperlichen, geistigen und seelischen Belastbarkeit zu beanspruchen«. Im Rahmen der Trainingseinheit »Geiselhaft und Gefangenschaft« wird den Soldaten außerdem vermittelt, daß es »keinen Freibrief« dafür gebe, »schon bei der leisesten Andeutung von Folter sein Wissen oder sich selbst preiszugeben«. Vielmehr solle der Soldat »auf die schnelle Regenerationsfähigkeit des eigenen Körpers vertrauen, die erfahrungsgemäß immer unterschätzt wird«. Dabei können laut Aussage des »Zentrums Innere Führung« die »soldatischen Werte« wie Treue, Gehorsam, Pflichterfüllung, Tapferkeit, Disziplin und Kameradschaft als »Korsett für die Seele« sehr »hilfreich« sein; insbesondere der Umgang der Wehrmachtssoldaten mit traumatischen Kriegserfahrungen zeige die »Bedeutung von Tugenden in Extremsituationen«.

In die Fußstapfen ihrer Vorgänger treten wollten wohl auch diejenigen Angehörigen des deutschen Heeres, die 1999 nach dem Bombenkrieg gegen Jugoslawien das Gefängnis von Prizren/ Kosovo übernahmen. Ihre Handlungen sind in den Disziplinarakten der Bundeswehr dokumentiert: Einem Gefangenen wurde ein Schild mit der Aufschrift »Ich bin ein Dieb« umgehängt; zwei

andere Gefangene wurden mit Draht aneinander gefesselt. Die Frage, warum die Folterer sich für ihre Taten lediglich gegenüber ihrem Arbeitgeber und nicht vor einem zivilen Strafgericht verantworten mußten, war der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, die 2004 über die Begebenheit berichtete, keine Zeile wert. Sie trieb allein die Sorge um, es könnten Videoaufnahmen oder Fotos von den Folterungen existieren.

Hingegen werden im März nächsten Jahres -nach einigem juristischen Tauziehen achtzehn Ausbilder der Coesfelder Freiherr-vom-Stein-Kaserne wegen Mißhandlung von Unter-gebenen vor Gericht stehen. Im Rahmen einer simulierten Geiselnahme sollen sie im Sommer 2004 Rekruten in die Hoden getreten und mit Stromschlägen, einer brennenden Zigarette oder einer an den Kopf gehaltenen Pistole gequält haben. Die Bundeswehrführung hat hiermit nur insofern ein Problem, als die Übung selbst nicht dem vorgegebenen Ausbildungskanon entsprach, also nicht in Hammelburg stattfand, etwas zu hart ausfiel und auf die Hinzuziehung eines Psychologen verzichtete; da seien wohl »einige über das Ziel hinausgeschossen« meinte etwa der Hammelburger Presseoffizier Olaf Kuske entschuldigend. Sein Kollege, der Journalist und Reserveoffizier Rolf Clement, seines Zeichens Mitglied im Beirat »Innere Führung« des Verteidigungsministeriums, hält den Coesfelder Ausbildern zugute, daß sie ihren Rekruten das im Auslands-einsatz Erlebte »weitergeben« und diese »auf ihre Aufgaben vorbereiten« wollten. Der »Foltervorwurf«, so Clement, sei daher »sicher falsch«; immerhin habe mindestens einer der Auszubildenden dem Wehrbeauftragten des Bundestages die Übung als »herausfordernd« und »interessant« geschildert. Bei den in Zweibrücken stationierten Fallschirmjägern der »Saarlandbrigade« wiederum sind Quälereien durch Vorgesetzte offenbar Teil des soldatischen Alltags. Folgt man den Aussagen der Betroffenen, so entwickelten hier ein Hauptmann und zwei seiner Feldwebel einen Initiationsritus der besonderen Art: Wie im Juni dieses Jahres bekannt wurde, soll Neuankömmlingen von ihnen respektive auf ihren Befehl im Rahmen von Aufnahmefeiern Obst in den Anus geschoben worden sein. Inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft allerdings nicht nur wegen dieser Taten gegen Angehörige der »Saarlandbrigade«, sondern auch wegen der kürzlich ans Licht gekommenen Leichenschändungen in Afghanistan 2003. Ob die Soldaten der Elitetruppe bei ihrem Posieren mit menschlichen Schädeln wohl an die Kameraden der Waffen-SS dachten? Möglich wär's; ein unverkrampftes Verhältnis zu nationalsozialistischem Liedgut haben sie jedenfalls: Ihre Hymne ist »Rot scheint die Sonne« - einst der Lieblingssong des Reichsmarschalls und Oberbefehlshabers der deutschen Luftwaffe, Hermann Göring.

Ganz ähnlich wie bei den Fallschirmjägern der »Saarlandbrigade« stellt sich der Fall bei den Gebirgsjägern aus der Edelweiß-Kaserne in Mittenwald dar. Auch sie gehören als Eliteeinheit zu den »Krisenreaktionskräften« der Bundeswehr, posieren offenbar gerne mit menschlichen Skeletten und sehen sich in der Tradition der faschistischen Vorgängerarmee. Alljährlich ehren sie gemeinsam mit dem »Kameradenkreis der Gebirgstruppe«, der unter anderem den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber zu seinen Mitgliedern zählt, ihre Gefallenen des Zweiten Weltkriegs. Daß diese vor ihrem Ableben Tod und Vernichtung über fast ganz Europa brachten und allein auf der griechischen Insel Kephalonia etwa 5.000 italienische Kriegsgefangene ermordeten, hört man hier nicht so gerne. Zwar wurde nach heftigen Protesten mittlerweile ein SS-Traditionsverband aus dem »Kameradenkreis« ausgeschlossen; dessen Angehörige allerdings durften bleiben.

Das große Vorbild der deutschen Panzerfahrer ist Hitlers Generalfeldmarschall Erwin Rommel, der in führender Funktion - zum Beispiel als Kommandant des »Führerhauptquartiers« - an allen Aggressionshandlungen des »Dritten Reichs« bis zum Überfall auf die Sowjetunion beteiligt war und es als Kommandeur des »Deutschen Afrika-Korps« ab 1941 zu unsterblichem Ruhm brachte; Freund wie Feind nannten ihn angeblich nur den »Wüstenfuchs«. Zum reißenden Wolf wurde Rommel, jetzt Chef der Heeresgruppe B, 1943 in Italien. Die treulosen Italiener hatten Mussolini abgesetzt und den Kampf gegen ihre einstigen Verbündeten aufgenommen. Ähnlich wie seine Kameraden von der Gebirgstruppe kannte Rommel nur eine Antwort auf diesen »Verrat«; am 23. September 1943 gab er folgenden Befehl: »Irgendwelche sentimentalen Hemmungen des deutschen Soldaten gegenüber ... Banden in der Uniform der ehemaligen Waffenkameraden sind völlig unangebracht. Wer von diesen gegen den deutschen Soldaten kämpft, hat jedes Anrecht auf Schonung verloren und ist mit der Härte zu behandeln, die dem Gesindel gebührt, das plötzlich seine Waffen gegen seinen Freund wendet.«

Um seine Leistungen zu ehren, benannte die Bundeswehr drei Kasernen nach Rommel; das in Neustadt am Rübenberge stationierte Panzerbataillon 33 führt das Emblem des »Wüstenfuchses« sogar im Wappen: »Das Verbandsabzeichen ... stellt eine braune Palme auf schwarz-weißem Grund dar. Die Palme ist dem Wappen des Panzerregiments 5 des Deutschen Afrika-Korps (DAK) entlehnt. Die Farben Schwarz und Weiß sind die preußischen Farben. Durch sie sollen preußische Tugenden dargestellt werden. Dieses interne Abzeichen wurde durch zwei Chefs der >ersten Stunde<, die bereits im DAK gedient hatten, eingeführt«, vermeldet der »Freundeskreis« des Panzerbataillons stolz. Den Angehörigen des »Kommandos Spezialkräfte«, die nach Berichten der Illustrierten »Stern« ihre Panzerwagen vor dem Einsatz in Afghanistan mit der Palme des Afrika-Korps verzierten, ist nichts vorzuwerfen; sie bewegen sich wie die deutschen Streitkräfte insgesamt in der Tradition der Wehrmacht.

Im Unterschied zu dieser hat die Bundeswehr allerdings ein Problem damit, genügend Freiwillige für Kriegseinsätze zu finden. Deshalb wurde jungen Wehrpflichtigen die Möglichkeit eröffnet, ihren Dienst von neun auf bis zu 23 Monate zu verlängern und in dieser Zeit an Auslandsoperationen teilzunehmen, was mit einer »Verwendungszulage« von 90 Euro pro Tag belohnt wird. Vor dem Hintergrund drohender Arbeitslosigkeit und von den Arbeitsagenturen angedrohter Zwangsarbeit nutzen mittlerweile etliche das lukrative Angebot, weshalb in der deutschen Presse schon von der »Prekariats-Sammelstelle« Bundeswehr die Rede war. Die jungen Männer werden für klassische Besatzungsaufgaben fitgemacht: Sie lernen, einen »Checkpoint« einzurichten, Patrouillen durchzuführen, trainieren »Jagd-«, »Nah-«, »Wald-« und »Häuserkampf« und üben beim »Gefechtsschießen« mit scharfer Munition »stoßtruppartiges Vordringen« im Gelände, was einen der Teilnehmer im Oktober 2005 das Leben kostete. Dessen Einheit, das unlängst aufgelöste Jägerlehrbataillon 353, beteiligte sich auch an dem Manöver »Three Block War«; das diesem zugrundeliegende Szenario sieht die Eskalation eines »humanitären Hilfseinsatzes« zur veritablen Metzelei innerhalb kürzester Zeit vor.

Auf ihre Auslandstätigkeit scheinen unsere Jungs in technischer Hinsicht also gut vorbereitet zu sein; jedoch fehle ihnen, wie Oberst Bernhard Gertz, Chef der Soldaten-Gewerkschaft Deutscher Bundeswehrverband, meint, der »intellektuelle Habitus«, der sie daran hindert, vor laufender Kamera mit Leichenteilen zu posieren. Während sich Streßresistenz schulen und Altruismus abtrainieren läßt, dürfte ein solcher allerdings weit schwieriger einzuüben sein: Der deutsche Landser läßt eben gerne auch mal die Sau raus.

aus: KONKRET 12/06

Deutsches Imperium Europa

22.12.2006
aus: www.german-foreign-policy.com

Am Vorabend der neuen EU-Ratspräsidentschaft werden deutsche Kartenwerke für eine "Großgliederung Europas" bekannt. Die Kartierungen sind aufgrund einer Anforderung des Auswärtigen Amtes entstanden und für politische und admistrative Zwecke deutscher Behörden gedacht. In den Darstellungen beherrscht Deutschland als bevölkerungsreichster Staat das kontinentale Zentrum, das "Mitteleuropa" genannt wird. Davon ausgegrenzt sind Großbritannien, Frankreich, Belgien und die Niederlande. Auch Dänemark, Spanien, Italien und Portugal gehören nicht zu "Mitteleuropa", wohl aber das ehemalige Jugoslawien bis zur albanischen Grenze und mindestens 13 weitere Staaten im Osten des Kontinents. "Bestimmend" für den "Kulturraum Mitteleuropa" seien "historische Herrschaftsbereiche dominant deutschsprachiger Staaten", heißt es in den Ausarbeitungen über "Mitteleuropa". Die begleitenden Karten ordnen Teile Frankreichs, Dänemarks, das gesamte Luxemburg, die Schweiz sowie Oberitalien der politischen Fiktion eines deutsch definierten Zentrums zu. Wie selbstverständlich werden auch Polen, die Tschechische Republik und Ungarn vereinnahmt. Über mehrere Gebiete wird behauptet, sie gehörten zu "Mitteleuropa", da sie ursprünglich im Besitz des Deutschen Reiches waren, "ganz abgesehen" von ihrer späteren Unterwerfung durch NS-Truppen. german-foreign-policy.com veröffentlicht Kartenausrisse, die eine beängstigende Ähnlichkeit mit Projektionen staatlicher Vorläufer der Bundesrepublik Deutschland aufweisen.
Die aktuellen Kartierungen gehen auf eine "konkrete Anfrage" [1] des Auswärtigen Amtes (AA) zurück, dem eine "Stellungnahme zur Gliederung Europas in Großregionen" übermittelt werden sollte. Das Vorhaben wurde im "Ständigen Ausschuss für geographische Namen" (StAGN) erörtert, einem bisher nur in Fachkreisen bekannten Gremium, dem unter anderem der Direktor des Leibniz-Instituts für Länderkunde (Leipzig) angehört.[2] Die Institution erfreut sich staatlicher Finanzierung und veröffentlicht maßgebliche Regularien für politisch-geographische Zwecke. Die deutschen Ordnungswissenschaftler, angebliche Geographen, sind wiederholt mit Arbeiten hervorgetreten, die hoheitliche Rechte fremder Staaten berühren. In den Darbietungen des Instituts ist unter anderem von "Lebensraum" die Rede.[3]

Kompakt

Die "Großgliederung Europas" sei "ohne national-politische Absichten" [4] verfasst worden, heißt es über die überstaatlichen Interessen der Ausarbeitung, die einer staatlichen Behörde zur national-politischen Nutzung vorgelegt wurde. Über mehrere Seiten zeichnet der Entwurf ein germanozentrisches Europa-Bild, in dem Deutsche als Siedler und Kulturstifter auch "außerhalb der heute deutschsprachigen Gebiete"auftreten. In völliger Verkennung des historischen Wandels nationalstaatlicher Identitäten wird behauptet, "Deutsche" hätten "ab dem 11. und 12. Jahrhundert kompakt oder inselhaft in weiten Teilen des heutigen Polen, im Baltikum, in den Sudeten- und Karpatenländern sowie in den slowenischen Gebieten und in Oberitalien" gesiedelt.

Tragend

Mit penibler Systematik werden Territorialteile der europäischen Nachbarnationen dem deutschen Verständnis von "Mitteleuropa" zugeschlagen, so Gebiete "Rumäniens innerhalb des Karpatenbogens", die "Bukowina", ukrainische Bezirke Galiziens, "Transkarpatien", das "Gebiet von Grodno im Nordwesten Weißrusslands", ja selbst "die heutige russische Exklave Kaliningrad". Über die Baltischen Staaten heißt es, sie "gehörten wie Ostpreußen vom 13. bis ins 15. Jahrhundert zum Deutschen Orden". Die antislawische Ausrottungsfeldzüge des "Deutschen Ordens" werden einer Erwähnung nicht für wert befunden. Stattdessen ist in dem "Mitteleuropa"-Text für das Auswärtige Amt von kulturellen Verdiensten der Deutsch-Balten die Rede, die "eine tragende gesellschaftliche Rolle spielte(n)".

Provokation

Deutsche dominieren die "Mitteleuropa"-Fiktion auch im Westen: so in "Nordschleswig" (Dänemark) und Luxemburg. Belgien wird um seine "deutschen Gebiete" erleichtert, Frankreich um das Elsass und Lothringen. Die "Region" (Alsace und Lorraine) sei "heute stark französisch geprägt", heißt es über das französische Staatsterritorium, dessen Prägemasse einer "authochthonen Bevölkerung" angehören soll - gemeint sind angebliche Quasi-Deutsche alemannischer Sprache. "Immerhin", so die stolze Erklärung, "gehörte" die Region (Alsace und Lorraine) "zum Heiligen Römischen Reich deutscher Nation und war von

1871 bis 1918 Teil des Deutschen Reichs, ganz abgesehen von der Kriegssituation im Zweiten Weltkrieg." Dass die kriegerische Aggression und die Aneignung der Nachbargebiete durch deutsche Truppen niemals eine "kulturräumliche" Eingemeindung rechtfertigen kann, sondern im Gegenteil verbietet, erneute Ansprüche zu stellen, wird von den Autoren ignoriert. Insbesondere wegen des Bezugs auf die NS-Okkupation des Elsass und Lothringens handelt es sich um eine bisher nur von Rechtsextremisten und ausgewiesenen Revisionisten bekannte Provokation, die umso schwerer wiegt, da das Auswärtige Amt als Auftraggeber firmiert.

Mittelalterlich

Ausdrücklich wird festgestellt, dass die "Großraumgliederung" "für politische und administrative Zwecke" deutscher Behörden gedacht ist. Damit steht das revisionistische Regelwerk in der Nachfolge ähnlicher deutscher Versuche, hegemoniale Ansprüche auf eine Vormachtstellung in Europa mit mittelalterlichen Hervorbringungen germanischen Wesens zu begründen. Einen Höhepunkt erreichten diese Versuche, denen sich die Elite deutscher Geographen stets bereitwillig zur Verfügung stellte, in der NS-Zeit. Wie Untersuchungen belegen [5], kam es dabei zur direkten Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und anderen Stellen des Htiler-Regimes. Die Kartenwerke wurden unter anderem bei den Planungen für den Überfall auf Polen benutzt und halfen anschließend bei Ausrottungsaktionen gegen die polnische Bevölkerung.[6] Auch über die Opfer der NS-Okkupation Polens, das als Sklavenreservoir für ein teutonisches "Mitteleuropa" vorgesehen war, gehen die neuen "Mitteleuropa"-Kartierungen hinweg.

Hintergründe

Dass "Mitteleuropa" zu einem "Synonym für 'völkisch'-eugenetische 'Lebensraum'-Vorstellungen und wirtschaftliche Ausbeutung" [7] wurde, scheint den heutigen Planern für das Auswärtige Amt unbekannt oder - was schlimmer wäre - muss verleugnet werden. So finden sich zur "Historische(n) Entwicklung des Mitteleuropabegriffs" [8] Ausführungen, die im Jahr 1916 abbrechen und mit Betrachtungen über die Zeit nach 1945 wieder aufgenommen werden. Die Ausblendung der nationalsozialistischen Europa-Diktatur unter dem Signum von "Mitteleuropa" erspart es den Urhebern, auf die wirtschaftlichen und militärischen Hintergründe der in Deutschland erneut aufkommenden "Mitteleuropa"-Fiktion hinzuweisen.

Imperium

Wie internationale Standardwerke lapidar feststellen, steht das deutsche "Mitteleuropa"-Programm seit über hundert Jahren für eine ökonomische Herrschaftsweise, "bei der die nördlichen, südlichen und westlichen Ränder des Kontinents um das Schwerkraftzentrum kreisen" sollen [9] - um Deutschland mit seinen angegliederten Satelliten in Ost- und Südosteuropa. Übereinstimmend heißt es, Ziel der "Mitteleuropa"-Projektionen sei die Schaffung eines "informellen europäischen Imperiums" ohne Zollgrenzen, so dass der deutschen Industrie ein maximales Absatz- und Ressourcengebiet zur Verfügung steht. Angesichts dieser Inhalte nimmt die Neuauflage der "Mitteleuropa"-Entwürfe im Auswärtigen Amt nicht wunder - und kommt rechtzeitig zur Präsidentschaft des vereinigten Deutschland über den Rest der EU.

[1] Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien; Europa Regional 04/2005, ausgeliefert im November 2006

[2] s. auch Raum im Werden, Aus der Tiefe des Raums, Herrscher im Raum und Räumliche Progression

[3] s. dazu "Mitteleuropa": Deutscher "Lebensraum"

[4] Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien; Europa Regional 04/2005, ausgeliefert im November 2006

[5] Werke von Michael Fahlbusch und Ingo Haar

[6] Mechthild Rössler: "Wissenschaft und Lebensraum". Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Berlin 1990. Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher: Der "Generalplan Ost". Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Berlin 1993

[7] Richard G. Plaschka et al.: Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien 1995

[8] Großgliederung Europas nach kulturräumlichen Kriterien; Europa Regional 04/2005, ausgeliefert im November 2006

[9] John Laughland: The Tainted Source. The Undemocratic Origins of the European Idea. London 1997

Vierzig Jahre ist es her, seit am Dienstagabend, den 17. Oktober 1961, zehntausende Algerier dem Aufruf der FLN (Nationale Befreiungsfront Algeriens) folgten, um in den Straßen der Hauptstadt friedlich gegen eine rassistische Ausgangssperre zu protestieren, die der damalige Polizeipräfekt Maurice Papon und die Regierung verfügt hatten. Seit dem 5. Oktober untersagte diese Ausgangssperre den «Muslimischen Franzosen Algeriens», wie man sie damals nannte, zwischen 22:30 Uhr und 5:30 Uhr ihre Wohnungen zu verlassen, Auto zu fahren oder sich in Gruppen zu bewegen. Bei Verstoß folgte die sofortige Verhaftung. Die Kneipen, die ihnen gehörten oder die sie besuchten, mußten um 19 Uhr geschlossen werden. In der Nacht vom 17. Oktober und während der Tage, die auf die Demonstration folgten, war die Repression von äußerster Brutalität. Bis heute wurde von offizieller Seite alles getan, um das Massaker zu verschweigen.

Das Massaker vom 17. Oktober 1961 in Paris

Nach Angaben des Historikers Einaudi,[1] der die Ereignisse am 17. Oktober in Paris untersuchte, gab es auf Seiten der Demonstranten mehr als zweihundert Todesopfer. Auf Seiten der Polizei, auf die kein Schuß abgegeben wurde, gab es - im Gegensatz zu den Gerüchten, die von ihr in Umlauf gesetzt wurden, um das Massaker zu rechtfertigen - keine Toten.

Manche Demonstranten wurden durch Schüsse getötet, andere wurden im Innenhof der Polizeipräfektur von Paris eiskalt ermordet. Wieder andere wurden nach ihrer Verhaftung und während des Transports in den Sportpalast, in das Ausstellungsgelände und ins Stadion von Coubertin, die zu Haftzentren transformiert worden waren, einfach tot geschlagen. Unter fürchterlichsten Bedingungen wurden tausende von Algeriern zusammengepfercht, geschlagen und lange Zeit ohne Nahrung und Hilfe inmitten ihrer Exkremente liegen gelassen. Andere wiederum wurden in die Seine geworfen und von Polizisten ertränkt, denen gegenüber Maurice Papon[2] - kurz zuvor erklärt, hatte: «Für jeden Schlag, den wir erhalten, geben wir zehn zurück.» Was immer geschah und was immer sie taten - die Ordnungskräfte wußten, daß sie von einem Präfekten gedeckt wurden, der zuvor während der 4. Republik seine Fähigkeiten in Constantine als Generalinspektor der Verwaltung in außerordentlicher Mission unter Beweis gestellt hatte. Nun praktizierte er im Mutterland die Methoden, die schon seit langem auf der anderen Seite des Mittelmeers galten. In einer Anweisung vom 5. September 1961 an den Direktor der Abteilung für algerische Angelegenheiten und an den Direktor der Stadtpolizei schrieb er: «Die Mitglieder an den Spitzen der Gruppen, die als flagrante Rechtsbrecher ertappt werden, müssen auf der Stelle von den Ordnungskräften erschossen werden.» Dieser beeindruckende Satz, der alles über die Methoden des Polizeipräsidenten sagt, wird im Bericht des Staatsrats Dieudonne Mandelkern zitiert.[3] Konnte er solche Anordnungen ohne Rückendeckung geben? Es besteht kein Zweifel, daß Maurice Papon nicht eigenmächtig und ohne das Einverständnis des Innenministers Roger Frey handeln konnte. Für viele Polizisten war der Algerier schlicht «die Ratte», «der Kameltreiber», der verhaftet, gefoltert und exekutiert werden konnte, selbst wenn er nur friedlich demonstrierte, ohne daß dies ein Verbrechen gewesen wäre.

... der verachtete Kolonisierte

Von den dreißigtausend Demonstranten, die an den Versammlungen in ver-

schiedenen Stadtteilen teilnahmen, wurden - dem Mandelkern-Bericht zufolge - mehr als 14 000, also etwa jeder zweite, verhaftet, meist geschlagen und bisweilen mehrere Tage festgehalten. Allein aufgrund der materiellen und menschlichen Mittel, die aufgeboten wurden, und die über mehrere Tage andauerten, sind diese Razzien seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs einmalig. Einmalig ist auch die Zahl der während dieser Oktobertage in Paris getöteten Zivilisten. Wer weiß heute noch etwas über diese lang vergessenen Demonstrationen, die unter anderem aus Gründen der Staatsraison verschwiegen wurden? Wer weiß heute noch, daß die Opfer massakriert wurden, während General de Gaulle gleichzeitig die Bedingungen der Unabhängigkeit Algeriens mit den Vertretern der Provisorischen Algerischen Regierung aushandelte? Wer weiß heute noch, daß in diesen Tagen im Oktober 1961 vom französischen Staat ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen wurde? Wer erinnert sich, daß diese ganz junge Fünfte Französische Republik eine Repression organisierte, in der sie ihrer mörderischen Allmacht, gegen eine «abgesonderte» Kategorie von Franzosen freien Lauf ließ und mit größtem Zynismus ihre Polizeibeamten deckte, nachdem diese wahllos Personen exekutiert, zahlreiche Menschen hatten «verschwinden» lassen und Folter sowie inhumane Handlungen aus politischen, religiösen und rassistischen Motiven angewandt hatten?

Der damalige «Algerier» war der verachtete Kolonisierte, der Geschmähte, der schon seit langem einem Ausnahmezustand unterstellt war. Dieser entsprang dem Herzen der Republik, die ihn organisierte und um jeden Preis verteidigte, und die so grundlegende Prinzipien der Menschenrechte verletzte, auf die sie sich doch beruft. «Der Algerier», das war auch fast notwendigerweise der «Terrorist» des FLN, der Muslim und ein Fremdkörper, der schon lange als nicht assimilierbar galt; der es wagte, die Staatsmacht gar im Herzen der Hauptstadt herauszufordern und für sich selbst den vollen Umfang jener Freiheit, jener Gleichheit und jener Würde einzufordern, die zu gewähren das republikanische Frankreich ihm aber immer hartnäckig und gewalttätig verweigert hatte. Im Falle der Ereignisse vom Oktober 1961 muß man auch von einer gezielten Politik des «Verschwindenlassens» sprechen, die von der damaligen Staatsmacht organisiert wurde, um die Bedingungen zu schaffen, die unverzichtbar waren für die Negierung der begangenen Verbrechen. Diese Technik bestand darin, die Leichen verschwinden zu lassen oder sie in die Seine zu werfen, um ein Ertrinken oder Abrechnungen zwischen algerischen Aktivisten vorzutäuschen. Unter diesen Bedingungen konnte die Staatslüge blühen und der Innenminister konnte am 31. Oktober vor dem Senat erklären, daß die Bilanz der Demonstrationen sechs Tote und 36 Verletzte betrage. Zwar kann man heute nicht umhin kommen zuzugeben, daß die Zahl der Opfer höher war, aber das geschieht nur, um den Umfang und vor allem die Art des Massakers besser zu leugnen. Aufgrund dieses «Verschwindenlassens» gibt es keine Leichen, keine Beweise, also auch keine Verbrechen und keine Verantwortlichen und kein dramatisches Ereignis, sondern nur einfache Polizei-Operationen. Diese waren sicherlich etwas gewalttätiger als andere, werden aber letztlich nur als Antworten auf die Gewalt der FLN dargestellt. Dieser Diskurs ist bekannt, und die «harten Anforderungen» des Krieges, der in Algerien und in Paris geführt wurde, machen es möglich, die oben beschriebene gezielte und auf höchster Ebene beschlossene Politik in einen Unfall der Geschichte zu transformieren. Und das Wunder des «Verschwindens» sichert den Schuldigen Straffreiheit zu und macht zugleich aus denen, die für Wahrheit und Gerechtigkeit kämpfen, Märchenerzähler und Verleumder, die sich vor den Gerichten verantworten müssen. Dies geschah nicht in Buenos-Aires oder in Santiago de Chile, sondern in Frankreich in den Jahren 1961 und 1999, wo Jean-Luc Einaudi wegen einer von Maurice Papon eingebrachten Klage vor Gericht stand.

Der Mythos einer respektablen Republik

Brutale, ja exzessive Gewalt - ja; Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen durch den Staat - nein. Dies ist die einvernehmliche Verteidigungslinie, die auch gewisse politische Verantwortliche der Linken einnehmen, die mit der Hand auf dem Herzen erklären, daß sie die Freunde der Wahrheit und der Gerechtigkeit sind. Allerdings nur unter der Bedingung, daß diese mit dem Dogma übereinstimmen, das sie vertreten: Die Republik kann weder verantwortlich noch schuldig sein. Dies gilt genauso für die Folter in Algerien. Gegenüber denen, die aufstehen, um eine offizielle und öffentliche Verurteilung und Anerkennung verlangen, wollen sie, wie der Staatspräsident und seine politischen Freunde aus der Rechten nur begrenzte Übertreibungen sehen, beschränkt auf einige Fallschirmjägereinheiten oder, wie im Falle der Massaker vom Oktober, auf einige Polizeibeamte, deren Ausrutscher schlicht auf die Verkettung von unglücklichen Umständen oder die hochgekochten Emotionen zurückführbar seien. Das Etikett der «verurteilenswerten, ja unzulässigen Handlungen» soll es möglich machen, geschickt die Moral gegen die Politik auszuspielen und so die Realität zu verdecken. Diese Realität umfaßt nämlich den Umfang und die Kontinuität von Praktiken, die in der Vierten und der Fünften Republik stattfanden, und die es ermöglichten, systematische Folter, beliebige Verhaftungen und die zum Teil massenhaften wahllosen Erschießungen in Algerien wie auch in Paris zu organisieren. Bequem ist dieses Etikett in der Tat, weil es suggeriert, daß es sich dabei nicht um ein System handelte, das gebunden war an die Natur des französischen kolonialen Staates, sondern nur um eine einfache Disfunktion, die auf Verirrungen von Individuen zurückzuführen waren, die aus Eigeninitiative gehandelt haben. Was gerettet werden muß, ist der

«Der Algerier», das war auch fast notwendigerweise der «Terrorist» des FLN, der Muslim und ein Fremdkörper, der es wagte, die Staatsmacht gar im Herzen der Hauptstadt herauszufordern und für sich selbst den vollen Umfang jener Freiheit, jener Gleichheit und jener Würde einzufordern, die zu gewähren das republikanische Frankreich ihm aber immer hartnäckig und gewalttätig verweigert hatte.

Mythos einer respektablen Republik, der solche Praktiken in ihrem Wesen fremd sind. Die Figuren des politischen Pantheons, General de Gaulle für die einen, Francois Mitterrand für die anderen - entziehen sich so jeder Infragestellung. Die Verantwortlichen des Oktober 1961 konnten in aller Ruhe Vorsichtsnahmen entfaltet, um alle Zeugen zum Schweigen zu bringen, die die Staatslüge, die sie geschmiedet hatten, in Frage hätten stellen können. Die Artikel, Zeitschriften, Bücher und der Film - wie der von J. Panijel «Oktober in Paris», die versuchten die Wahrheit über das Massaker ans Licht zu bringen, wurden sofort beschlagnahmt oder verboten und die elementaren Rechte der Meinungs- und Informationsfreiheit wurden systematisch mit Füßen getreten. Aber dieses politische und polizeiliche Unternehmen einer «Verdampfung» des Ereignisses, um einen geliebten Begriff von Georges Orwell zu benutzen, wäre nicht vollständig gewesen ohne eine Vielzahl von Amnestie-Gesetzen - wenigstens fünf - die unter der Präsidentschaft von de Gaulle und Francois Mitterrand beschlossen wurden: 1962,1964,1966,1968 und 1982, als die putschistischen Generäle[4] rehabilitiert und ihnen mit großer Güte der damaligen sozialistischen Mehrheit ihre Pensionsberechtigung zurückgegeben wurde. Das sind die Etappen, die von einer bemerkenswerten Kontinuität sprechen, ein für allemal das Vergessen dieser Periode zu besiegeln - und das alles ohne Protest der Linken oder der Rechten. Insbesondere die Massaker vom Oktober 1961 sind so für dreißig Jahre verschwunden.

Natürlich haben die Verantwortlichen geschwiegen. Die Demonstranten, die Zeugen und die Verwandten der Opfer haben sich ins Schweigen geflüchtet - sicherlich weil sie wußten, daß sie ohnehin nicht gehört werden würden. Zunächst als «Terroristen», danach als Algerier und schließlich als Immigranten hatten sie kein Bürgerrecht. Und den anderen hat niemand jemals die Geschichte dieser Demonstration und ihrer fürchterlichen Repression erzählt, die auch in keiner Chronologie vorkommt. Stattdessen sollte ein anderes Ereignis zu seinem Vergessen beitragen:

U-Bahn-Station Charonne

Am 8. Februar 1962 fand eine gemeinsame Demonstration der Linken gegen die Anschläge der OAS[5] und für den Frieden in Algerien statt. Man verzeichnete acht Tote an der U-Bahn-Station Charonne. Sieben waren Kommunisten und die Partei machte sogleich Märtyrer aus ihnen. Zwischen 800 000 und eine Millionen Menschen nahmen an ihrer Beisetzung teil.

In Erinnerung an das, was geschehen war, sprach Le Monde am 15. Februar «vom blutigsten Zusammenstoß zwischen Polizisten und Demonstranten seit 1934.» Nur vier Monate, nachdem diese Auseinandersetzung stattgefunden hatte, gab es die Massaker vom Oktober nicht mehr. Die Staatsräson, der Zynismus ihrer Diener, die Feigheit, die parteilichen Interessen und nicht zu vergessen die journalistischen Ablenkungsmanöver, bildeten eine heterogene aber mächtige Koalition, die für lange Jahre dieses Ereignis ins Nichts katapultierte. Es gab keine Initiative für die 200 algerischen Opfer vom 17. Oktober. Die Haltung der offiziellen Linken und der Gewerkschaften ist durch Verdrängung gekennzeichnet. Diese letzte Demonstration wurde sofort integriert in die mythische Erzählung, die die Kommunistische Partei über ihre eigene Vergangenheit bereithielt, und sie ermöglichte ihr und den Sozialisten Fehler und faule Kompromisse der Vergangenheit vergessen zu machen. Der letzte Akteur dieser Politik des Vergessens ist ohne jeden Zweifel der algerische Staat selbst, der aus diplomatischen Gründen oder aus Gründen, die mit der konfliktreichen Geschichte der FLN in Algerien und in Paris zusammenhängen, niemals von den französischen Behörden verlangt hat, die Ereignisse vom Oktober 1961 wirklich aufzuklären.

Artikel von Olivier Le Cour Grandmaison
Vorsitzender der »Vereinigung 17. Oktober 1961 - Gegen das Vergessen»
Aus dem Französischen von Werner Ruf.
Gefunden in der **inamo**, Heft 48

Anmerkungen:

[1] Einaudi, Jean-Luc: La Bataille de Paris, Ed. du Seuil, Paris 1991.

[2] Maurice Papon ist ein Mann mit Vergangenheit: 1910 geboren, sorgte er unter dem Vichy-Regime als Inspek-tor für jüdische Fragen in Bordeaux, daß die Trans-portkapazität der Züge in die Vernichtungslager immer voll ausgelastet waren. Nach einer großen Karriere im französischen Staatsdienst wurde er schließlich 1998 in einem extrem langen Prozeß zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, drei Jahre später aber aufgrund seines Gesundheitszustands aus der Haft entlassen.

[3] Dieser Bericht wurde vom damaligen Innenminister J.-P. Chevenement in Auftrag gegeben und im Januar 1998 abgeschlossen. Bis heute ist er nur eingeschränkt zugänglich. Er stellt die letzte offizielle Version der Ereignisse vom Oktober 1961 dar.

[4] Volksaufstand französischen Siedler in Algerien unterstützt vom Militär, führt zum Rücktritt der letzten Regierung der 4. Republik. De Gaulle übernimmt die Macht, läßt über eine neue Verfassung abstimmen: Gründung der 5. Republik.

[5] OAS: Terrororganisation der franz. Rechten in Algerien.

Verfassungsschutz unternimmt Anwerbeversuch in Frankfurt (Oder)

> Antonome Antifa Frankfurt (Oder) und Dissent-Netzwerk im Visier der Behörde

> gleicher VS-Beamte unternahm auch in Bernau (Brandenburg) Anwerbeversuch

> detaillierte Dokumentation der Ereignisse unter soligruppe-frankfurt.de

Seit Sommer 2006 versuchten Agenten des Verfassungsschutzes eine Person aus der linken Szene der Stadt Frankfurt (Oder) für Informantendienste anzuwerben. Der junge Aktivist wurde am 23.06.2006, einem Freitagnachmittag, auf offener Straße in der Nähe seines Arbeitsplatzes von einem sich als Journalisten ausgebenden und unter dem Namen „Björn Kloppstock" auftretenden Mann (siehe Bild) angesprochen. Im Verlauf von sechs Monaten kam es zu drei Treffen mit dem VS'ler. Es stellte sich heraus, daß der Aktivist nach dem Willen der Beamten in unterschiedlichen Bereichen tätig werden sollte. Informationen sollten nicht nur über die Autonome Antifa Frankfurt (Oder) und die Verbindungen dieser in andere Städte gesammelt werden. Auch das die G8-Gipfelproteste vorbereitende Dissent-Netzwerk sollte ausspioniert werden. Dazu sollte die Person an Plena und Vorbereitungstreffen der Gruppen teilnehmen und in Mailverteiler gelangen, um die Passwörter dann an den VS weiterzugeben. Sein Einsatz sollte sich nicht auf die Region Brandenburg beschränken. Die Teilnahme an Veranstaltungen in anderen Bundesländern war ausdrücklich vorgesehen. Als Gegenleistung winkten bis zu 500 Euro monatlich. Der Kontakt wurde am 13.12.2006 abgebrochen. An diesem Tag sollte ein viertes Treffen stattfinden, bei dem der Aktivist erste konkrete Informationen über die Autonome Antifa Frankfurt (Oder) liefern sollte.

Bereits am 22. September wurde in Bernau bei Berlin ein junger Antifaschist von dem selben VS-Beamten angesprochen. Auch hier sprach Kloppstock den Aktivisten mit seinem vollen Namen an und gab vor aus Berlin zu sein und sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Er stellte sich jedoch mit dem Namen „Jörn", und nicht wie in Frankfurt (Oder) als „Björn", vor. Wahrscheinlich aus Unachtsamkeit unterschrieb der Beamte zwei Mails an den Aktivisten aus Frankfurt (Oder) dann auch mit „Jörn", anstatt sich wie üblich gegenüber ihm als „Björn" auszugeben.

Der relativ lange Zeitraum von knapp sechs Monaten, über den der Kontakt zu den VS-Beamten bestand, mag zunächst verwundern, ist es doch empfohlen und ratsam, Anwerbeversuche sofort öffentlich zu machen und damit erfolglos zu beenden. Die Entscheidung, zunächst Interesse an einer Mitarbeit zu bekunden und dadurch einen längeren Kontakt einzugehen, wurde bewusst in Abstimmung mehrerer Personen getroffen und hat seine Ursache in den derzeitigen Repressionen gegen die radikale Linke in Frankfurt (Oder). Vom Tag der ersten Begegnung an bis zum Tag dieser Veröffentlichung war jedes zwischen der Person und dem VS gewechselte Wort transparent. Jedes Treffen wurde intensiv vor- und nachbereitet sowie dokumentiert.

Eine detaillierte chronologische Dokumentation des Anwerbeversuchs, die einen Einblick in die Arbeitsweise des VS bei Informantenanwerbungen gibt, ist auf der internetseite der soligruppe zu finden.

http://www.soligruppe-frankfurt.de

Bitte sagen sie jetzt nichts!

alhambra

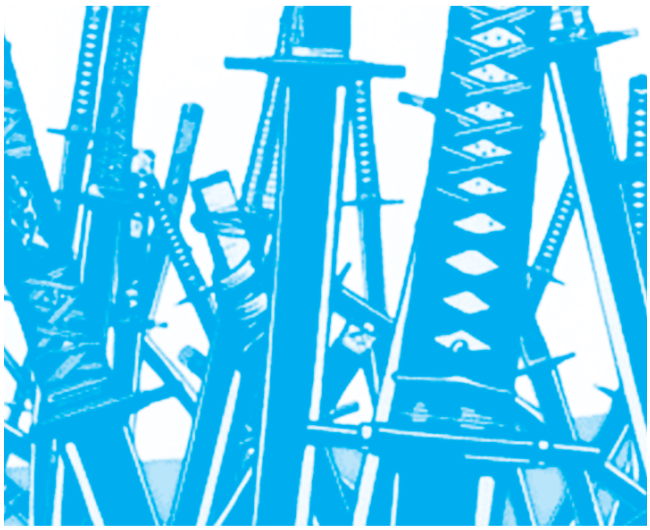
zeitung und programm

termine im januar

Fr.	5.1.	21:00	CD-Release Konzert: Starfishcoffe vorher: Westa MC & Gob, danach Party mit DJ Jan Bunte
Sa.	6.1.	22:00	Lesbischwule Ü30- Party
Di.	9.1.	20:00	Subklub Orientalisch
Fr.	12.1.	22:00	Reggae-Party
Sa.	13.1.	22:00	FrauenLesben-Party ‚Die Sufragetten', ab 21:00 Standarttanz
So.	14.1.	11:00	Veranstaltung des Linken Forums mit Elmar Altvater (Berlin)
Mo.	15.1.	20:30	Veranstaltung: Gemeinsam gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm
Di.	16.1.	20:00	Subklub Bewegte Bilder
Do.	18.1.	22:00	Party der Fachschaft Physik + Interkulturelller Pädagogik + Gruppe Basta
Fr.	19.1.	23:00	Teonanacatl (Psy Trance)
Sa.	20.1.	22:00	Männerfabrik
So.	21.1.	17:00	Veranstaltung mit Bernhard Schmid: ‚Der Krieg und die Kritiker' Buchpräsentation und Diskussion zur Realität im Nahen Osten
Mo.	22.1.	20:30	Lateinamerika-Soli-Filmfest zeigt: „Junta"
Di.	23.1.	20:00	Subklub Surfen
Do.	25.1.	19:00	Lateinamerika-Soli-FilmfestFilm: „Tierra de las mujeres" 21:00 Konzert: Kleingeldprinzessin und Samba Band
Sa.	27.1.	22:00	Rosa Disco
Mo.	29.1.	20:30	Lateinamerika-Soli-Filmfest zeigt: „Trelew"
Di.	30.1.	20:00	Subklub Spielt

Februar 07

Sa.	3.2.	22:00	Homophilias - Party für Lesben & Schwule
Mo.	5.2.	20:30	Lateinamerika-Soli-Filmfest zeigt: Memoria de un saqueo
Do.	8.2.	22:00	Party der Fachschaft Pädagogik
Fr.	9.2.	20:00	Konzert mit 5 Bands
Sa.	10.2.	21:00	Konzert: Beelzebub Airlines + Venus Envy



immerwiederdaseintun termine

wöchentlich

montags:	18:00	archiv
	18:00	crush hour concerts
	20:30	antifa-cafe
donnerstags:	20:00	vokü, danach kneipe
	21:00	oldb. rechtshilfe

monatlich:

1.mittwoch	20:00	frauenlesben kneipe
2.montag	20:00	politische werkstatt
2.freitag	20:30	nutzerInnenplenum